



Ausschuss für Bauen, Wohnen und Verkehr

15. Sitzung (öffentlich)

9. Juni 2011

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:00 Uhr bis 18:00 Uhr

Vorsitz: Dieter Hilser (SPD)

Protokoll: Thilo Rörtgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- | | | |
|----------|--|-----------|
| 1 | Städtebauförderung | 7 |
| | a) Stadterneuerungsprogramm 2011 | |
| | b) Einsatz erneuerbarer Energien und Denkmalpflege | |
| | c) Denkmalschutz und Denkmalpflege | |
| | Vorlagen 15/662, 15/663 und 15/676 | |
| | – Bericht des Ministeriums | |
| | – Bericht durch Minister Harry K. Voigtsberger (MWEBWV) | 7 |
| | – Aussprache | 9 |
| 2 | Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Förderung und Nutzung von Wohnraum für das Land Nordrhein-Westfalen (WFNGÄndG NRW) | 13 |
| | Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/1876 | |

- Der Ausschuss vertagt die Beratung über den Gesetzentwurf auf nach der am 28. Juni 2011 stattfindenden Anhörung.

3 Fortführung der Landesgartenschauen in Nordrhein-Westfalen sicherstellen **14**

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 15/1918

- Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der Antrag wird ohne Votum an den federführenden Ausschuss abgegeben.

4 Schienen- und Straßenbauprojekte zügig umsetzen, keine grün-roten Planungsverzögerungen zulasten der Bürger bei Straßenausbau und Ortsumgehungen **15**

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/480

- Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen
- Der Ausschuss vertagt die Beratung.

5 Gesetz zur Änderung des ÖPNVG NRW – Anpassung an Vorgaben der VO (EG) 1370/2007 zur Direktvergabe im Öffentlichen Personennahverkehr **16**

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
Drucksache 15/1690

Vorlage 15/534

- Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Einstimmig empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, dem Gesetzentwurf der CDU in geänderter Fassung zuzustimmen.

- 6 Rahmenbedingungen der Binnenschifffahrt in Nordrhein-Westfalen erhalten und ausbauen – Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes in Nordrhein-Westfalen muss leistungs- und zukunftsfähig bleiben** **18**
- Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/1926
- Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen
- Der Ausschuss kommt überein, die Beratung über den Antrag zu vertagen, um den Versuch zu unternehmen, einen gemeinsamen Antrag zu formulieren.
- 7 Sicherheit in Bussen, Bahnen und an Haltestellen in Nordrhein-Westfalen verbessern** **19**
- Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/1200
- Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen
- Der Ausschuss beschließt, den Antrag ohne Votum an den federführenden Innenausschuss abzugeben.
- 8 Duisburger Hafen muss in öffentlicher Hand bleiben** **20**
- Antrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/1912
- Vorlage 15/600
- Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen
- Der Ausschuss beschließt die Durchführung einer Anhörung.
- 9 TAB** **21**
- Vorlage 15/612
- Bericht des Ministeriums

Landtag Nordrhein-Westfalen	- 4 -	APr 15/230
Ausschuss für Bauen, Wohnen und Verkehr		09.06.2011
15. Sitzung (öffentlich)		rt-be
	– Aussprache	21
10	Straßenbau in NRW	23
	– Bericht des Ministeriums	
	– Bericht durch PStS für Verkehr Horst Becker (MWEBWV)	23
	– Aussprache	23
11	Umsetzungsstand der planfestgestellten Schienen- und Straßenprojekte in NRW 2009 bis 2011	30
	Vorlage 15/671	
	– Bericht des Ministeriums	
	– Bericht durch PStS für Verkehr Horst Becker (MWEBWV)	30
	– Aussprache	30
12	Müngstener Brücke	31
	Stellungnahme 15/661	
	– Bericht der Deutschen Bahn AG	
	<u>Und:</u>	
13	Südbahntrasse Bad Oeynhausen	31
	Stellungnahme 15/661	
	– Bericht der Deutschen Bahn AG	
	– Der Ausschuss vertagt die Beratung auf die nächste Sitzung am 14. Juli 2011.	
14	Stausituationen auf den Autobahnen in Nordrhein-Westfalen	32
	Vorlagen 15/659 und 15/667	
	– Bericht des Ministeriums	
	– Bericht durch PStS für Verkehr Horst Becker (MWEBWV)	32

– Aussprache	33
15 Konsequenzen aus dem Urteil des Oberverwaltungsgerichts zum vorläufigen Stopp der Verlängerung der Start- und Landebahn des Flughafens Münster/Osnabrück	36
Vorlage 15/668	
– Bericht des Ministeriums	
– Aussprache	36
16 Lückenschlussprojekt BAB 46	37
Vorlage 15/675	
– Bericht des Ministeriums	
– Bericht durch PStS für Verkehr Horst Becker (MWEBWV)	37
– Aussprache	37
17 Verschiedenes	40
– Der Ausschuss beschließt folgende Anhörungstermine: 28. Juni 2011, 14:30 Uhr, Wohnraumförderungsgesetz NRW, 5. Juli 2011, 14 Uhr, Feuerwehrführerschein, 6. Juli 2011, 10:30 Uhr, Lärmschutz, sowie folgenden auswärtigen Termin: auswärtige Sitzung in Hamm am 18. Juli 2011 von 11 bis 15 Uhr bei der Hafen Hamm GmbH.	
– Darüber hinaus wird die für den 14./15. Juli 2011 geplante auswärtige Sitzung "Nachtflug Köln/Bonn" wegen der Überschneidung mit dem 4. Jugendlandtag am 14. Juli 2011 verschoben.	

5 Gesetz zur Änderung des ÖPNVG NRW – Anpassung an Vorgaben der VO (EG) 1370/2007 zur Direktvergabe im Öffentlichen Personennahverkehr

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
Drucksache 15/1690

Vorlage 15/534

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Andreas Becker (SPD) kündigt an, dass seine Fraktion sich der Empfehlung des Ministers anschließe und einen Änderungsantrag einbringen werde. In § 3 werde der Abs. 2 um folgenden neuen Satz 2 ergänzt:

„Die Aufgabenträger sind berechtigt, öffentliche Dienstleistungsaufträge im Sinne von Artikel 3 der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 nach Artikel 5 Absätze 2, 4, 5 und 6 direkt zu vergeben, soweit Bundesrecht dem nicht entgegensteht.“

Benedikt Hauser (CDU) teilt mit, dass sich auch die CDU-Fraktion dem Formulierungsvorschlag des Ministers anschließen werde. Es bestehe Einigkeit, dass es dringenden Handlungsbedarf gebe und so schnell wie möglich gehandelt werden müsse, um auch in aktuellen Fällen die Umsetzung von Direktvergaben möglich zu machen.

In der Stellungnahme des Kreises Coesfeld und der Westfälischen Verkehrsgesellschaft werde eine andere Formulierung vorgeschlagen:

„Die Aufgabenträger sind berechtigt, öffentliche Dienstleistungsaufträge direkt zu vergeben, soweit das Recht der Europäischen Union dem nicht gegenübersteht und insbesondere nach Artikel 5 Absätze 2, 4, 5 und 6 der Verordnung ...“

Der Abgeordnete bittet um eine Stellungnahme der Landesregierung.

Bärbel Beuermann (LINKE) bittet darum, sich nicht um Halbsätze zu streiten, sondern diese gesetzliche Regelung auf den Weg zu bringen. Ihre Fraktion schließe sich dem Vorschlag des Ministers an.

Christof Rasche (FDP) merkt an, es gebe Fälle, in denen die Ausschreibung von Vorteil sei, es gebe aber auch Fälle, in denen die Direktvergabe gewählt werden sollte.

Mofair habe in ihrer Stellungnahme rechtliche Bedenken angemeldet und darauf hingewiesen, dass mit Hinweis auf das Bundesrecht das Land gar nicht zuständig sei. Diesbezüglich bittet er um eine Stellungnahme der Landesregierung.

Auch die IHK spreche sich in ihrer Stellungnahme für eine Direktvergabe aus. Allerdings wolle sie bestimmte Kriterien festgehalten sehen, damit es nicht nur noch Di-

rektvergaben, sondern auch noch Ausschreibungen gebe. Auch hierzu erbitte er Ausführungen seitens der Landesregierung.

PStS für Verkehr Horst Becker (MWEBWV) verweist auf die Ausführungen der Landesregierung in der letzten Sitzung, dass die Landesregierung dem Antrag der CDU inhaltlich beitrete, allerdings rechtssystematisch die Meinung vertrete, dass die vorgeschlagene Regelung an einer anderen Stelle eingefügt werden sollte. Zu den grundsätzlichen Bedenken, die auch im Rahmen der Anhörung mitgeteilt worden seien, trage Herr Zühlke vor.

LMR Karl-Heinz Zühlke (MWEWBV) lässt wissen, das Ministerium habe sich bemüht, die klarste Form der Darstellung zu formulieren. Entscheidend sei eine direkte Bezugnahme auf die unmittelbar geltende EU-Verordnung 1370/2007, die sozusagen spezifisch die Möglichkeit der Direktvergabe im Bereich des ÖPNV regle. Man selber wolle lediglich eine Sperre beseitigen. Im Übrigen müsse der Bundesgesetzgeber entweder im Allgemeinen Eisenbahngesetz bzw. im Personenbeförderungsgesetz weitergehende Freigabemöglichkeiten eröffnen, was die Direktvergabe angehe.

Benedikt Hauser (CDU) merkt an, die IHK übersehe, dass die Verordnung 1370/2007 Kriterien festgelegt habe, nach denen Direktvergaben erfolgten, sowohl was die Kostenstrukturen, die zugrunde gelegt würden, als auch was die Kriterien angehe, wen und zu welchen Bedingungen man jemanden beauftragen könne. Hier gebe es eine Fülle von Voraussetzungen, die dort genannt werde. Insofern sehe er die Anforderungen der IHK erfüllt.

Er begrüße, dass eine Initiative der CDU-Fraktion gemeinschaftlich getragen werde, um im Sinne des ÖPNV voranzukommen.

Einstimmig empfiehlt der **Ausschuss** dem Landtag, dem Gesetzentwurf der CDU in geänderter Fassung zuzustimmen.